

ver.di Befragung zu guter Arbeit - drohender Personalabbau bei den T-Shops - Wahl zwischen Pest und Cholera, die Arbeitszeitmodelle bei der DT S

**Seite 3/4**

Die Deutsche Wirtschaft schlittert in die Rezession. Alle Zeichen stehen auf Krise. Was sind die Ursachen und wer zahlt am Ende?

**Seite 7****Arbeitszeit**

Die Frage der Länge der Arbeitszeit gewinnt an Bedeutung. Die Arbeitgeber reagieren und legen der Regierung ihre Forderungen vor. Wegen der drohenden Krise kommt es aber darauf an, die Arbeitszeit zu verkürzen!

**Seiten 4, 5, 6, 9, 10**

# im Betrieb

03/2019

**Betriebszeitung der DKP-Darmstadt-Dieburg-Bergstraße**

## Krieg und Frieden

### Teil 1: Der INF-Vertrag stirbt und niemand trauert?

Der zwischen dem US-Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow ausgehandelte und am 1. Juni 1988 in Kraft gesetzte INF-Vertrag war etwas richtig Gutes, ein echter Meilenstein in der langen Geschichte zäher Abrüstungsverhandlungen zwischen den Supermächten, denn erstmals wurden vorhandene Waffensysteme tatsächlich vernichtet. Die USA zerstörte vertragsgemäß 846, die Sowjetunion 1.846 Raketen, bei gleichzeitiger Kontrolle durch die jeweils andere Seite.

Das hat man nun aufgegeben. Einfach so. Beschlossen wurde es von Politikern in Ost und West. Aber was sagte die Bevölkerung in den betroffenen Ländern dazu? So gut wie nichts. Eine breitestmögliche Koalition, eine Volksfront der Ignoranz, Indolenz und Bequemlichkeit – von der AfD über die ehemaligen Volksparteien, die FDP und Grünen bis hin zum Evange-

lischen Kirchentag und Fridays for Future – hat in diesem unseren Lande grandios versagt.

Das traurigste Bild gab wohl die gerade von Triumph zu Triumph eilende, zur Stimme des arrivierten Bürgertums mutierte Ex-Friedens-Partei ab. Über die schon seit 20 Jahren transatlantisch auf Linie gebrachten Grünen, die sich gern an ihrer gefühlten moralischen Überlegenheit hochziehen, erübrigt sich leider längst jedes Wort. Von der alten Garde rang sich Jürgen Trittin gerade noch ein „Back in the Eighties“ ab. Dass er, Antje Vollmer und Ludger Volmer jedoch einen ernsthaften Versuch gestartet hätten, die Öffentlichkeit wachzurütteln, davon kann keine Rede sein.

Ist das Ende eines Abrüstungsvertrags womöglich gar nicht so wichtig angesichts des aktuellen Modethemas Klimawandel? Um es gleich am Anfang klarzustellen: Auch ich halte den

Umweltschutz für eine Aufgabe, die angegangen werden muss und zwar heute, nicht erst morgen. Aber wir alle sollten uns darüber klar sein, dass Europa nach einem atomaren Schlagabtausch größtenteils nicht mehr bewohnbar sein würde und es dann auf zwei Grad mehr oder weniger im Jahresdurchschnitt tatsächlich nicht mehr ankäme.

Schüre ich grundlos Angst? Wer mir das unterstellen möchte, sollte bedenken, dass die Welt in der Zeit des Kalten Krieges mindestens zweimal am Rand der atomaren Apokalypse stand. Dass es nicht zum Äußersten kam, lag vor allem daran, dass noch ein paar Minuten Zeit vorhanden waren, um die Situation zu prüfen. Wenn die NATO ihre Raketen direkt an die russische Grenze stellt, gibt es diese „paar Minuten“ nicht mehr. Mir ist unverständlich, dass 99 Prozent meiner Mitbürger angesichts einer so offensichtlichen und zugleich so schrecklichen Gefahr dermaßen gelassen bleiben können.

**Weiter auf Seite 2**

## Krieg und Frieden

Fortsetzung von Seite 1



Da erscheint schon fast ermutigend, dass es immerhin dieses eine Prozent noch gibt, jene Menschen, die nach wie vor standhaft für Frieden und Abrüstung auf die Straße gehen. Ende Juni demonstrierten 5.000 von ihnen vor der US Air Base Ramstein – als Abschluss und Höhepunkt der diesjährigen Protestwoche gegen diese Drehscheibe der US Kriegspolitik. Ein Friedenscamp mit 800 Beteiligten, ein internationaler Basenkongress sowie weitere gut besuchte Veranstaltung und Aktionen des zivilen Ungehorsams waren vorausgegangen.

Ramstein ist ein entscheidendes Element für den amerikanischen Drohnenkrieg. Hier sind zudem strategische Atomwaffen stationiert. Solange wir dergleichen in unserem Land dulden, machen wir uns mitschuldig an allem, was daraus erwächst. Darum ist es so wichtig, den Protest am Leben zu halten. Die Veranstalter des Friedenscamps haben versprochen, im nächsten Jahr mit noch mehr Menschen wiederzukommen. Ich hoffe sehr, dass schon bald nicht nur 5.000 sondern 50.000 oder noch besser 500.000 Leute demon-

strieren, bis die Politiker nicht mehr wegschauen können und das Gerede von der Erhöhung der Rüstungsausgaben verstummt.

Fortsetzung in den nächsten Ausgaben mit den Themen

- **Auslandseinsätze**
- **Iran**
- **Rüstungsexporte**
- **2% Rüstungsausgaben**



Propaganda des deutschen Kriegsministeriums

## Einladung

zur öffentlichen Redaktionssitzung  
am Mittwoch, den 9. Oktober 2019  
um 16:30 Uhr im LinksTreff Goerg Fröba  
(neben dem DGB-Haus in der Rheinstraße)  
Landgraf-Philipps-Anlage 32  
64283 Darmstadt

Interessierte sind herzlich eingeladen!

Wir wollen in der Redaktion und mit den anwesenden Gästen über das Thema Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich diskutieren.

Auch vor dem Hintergrund der Forderungsdiskussion zu den anstehenden Tarifrunden.

# Gute Arbeit bei der Telekom?

## Eine Mitarbeiterbefragung, die nachdenklich stimmt

Im Frühjahr dieses Jahres wandte sich die Gewerkschaft ver.di an die Mitarbeiter des Telekom-Konzerns mit einem Fragebogen zu ihren Eindrücken über ihre Arbeitssituation. Die Ergebnisse liegen nun vor. Im Juni wurden sie den Mitgliedern in einem Newsletter kommuniziert. Das Fazit ist ernüchternd. Die Arbeitsqualität liegt mit 52 von 100 Punkten nur knapp oberhalb der Marke für das Prädikat „schlechte Arbeit“.

Nun ließe sich hinsichtlich der Objektivität dieses Urteils einiges einwenden. Die Studie wurde von einer Organisation mit klarer Erwartung an das Ergebnis durchgeführt. Tendenziell beteiligen sich an solchen Umfragen vorrangig unzufriedene Menschen. Branchenübergreifende Vergleiche sind nur bedingt aussagekräftig. Trotzdem bieten die Zahlen einige Anhaltspunkte, die nachdenklich stimmen sollten.

Dort, wo die Firma ihren Mitarbeitern etwas Positives bietet, wurde das durchaus wertschätzend dokumentiert, so zum Beispiel bei der Arbeitszeitlage. Auch beim Einkommen und den betrieblichen Sozialleistungen liegt der Telekom-Wert nahe an dem des

DGB-Index für Deutschland, wobei hier die Messlatte recht niedrig ist.

Bemerkenswert erscheinen mir jene Faktoren, wo eine stark negative Abweichung auffällt, ohne dass sich dies aus Spezifika der Branche erklären ließe. Bei „Beschäftigungssicherheit / berufliche Zukunftsaussichten“ beträgt das Verhältnis 32 zu 75. Während also die Beschäftigten anderer Firmen unter den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen ihre Perspektiven optimistisch sehen, haben die Telekom-Mitarbeiter schlichtweg Angst um ihren Job. Angesichts des seit Jahren (sollte man sagen „seit Jahrzehnten“?) unvermindert anhaltenden Arbeitsplatzabbaus im Konzern verwundert das nicht wirklich.

Können Menschen mit einer solchen Stimmungslage Höchstleistungen vollbringen? Wohl eher nicht. Aber genau das wird von ihnen erwartet. Auch beim Faktor „Widersprüchliche Anforderungen und Arbeitsintensität“ gibt es eine signifikante Abweichung nach unten. Ich persönlich hätte mir hier eine Aufspaltung gewünscht, denn es werden zwei durchaus unterschiedliche Aspekte zusammengefasst. Da allerdings an anderer Stelle mehr-

heitlich verneint wird, dass die Vorgesetzten unklare Anweisungen geben würden, geht es wohl tatsächlich um die wachsende Arbeitshetze.

Hier widerspiegelt sich ganz klar das Profitstreben des Konzerns. Die Arbeitsplätze werden abgebaut, auch wenn noch genügend Arbeit vorhanden ist. Die verbleibenden Kollegen müssen sich dann eben mehr anstrengen, selbstverständlich ohne dafür im selben Maße mehr Lohn zu bekommen. Wir halten dies für nicht tragbar. Wir fordern vom Management nachdrücklich, mit dieser Politik aufzuhören. Menschen sind keine Maschinen, die man „auf Verschleiß“ fahren darf.

Leider ist damit zu rechnen, dass sich das Management um unsere Forderung nicht kümmert. Diese Leute werden sich nicht einmal der Mühe unterziehen, diesen Artikel zu lesen. Deshalb ist es Sache der Betroffenen, sich Gehör zu verschaffen, zum Beispiel in der Gewerkschaft. Der Druck wird nicht von selbst geringer werden. Dies vermag nur aktiver Widerstand und zwar nicht nur während der Tarifverhandlungen alle zwei Jahre.

## Telekom verbindet verschwindet

**Nach dem Personalabbau bei der Telekom-IT, der T-Systems und im Personalservice in den letzten Jahren haben die Plattmacher der Telekom den nächsten Kandidaten für Entlassungen und Standortschließungen identifiziert: Die T-Shops!**

Wenn es nach den bekanntgewordenen Plänen des Managements geht, sollen mindestens 20% der etwa 500 Shops bundesweit dicht gemacht werden. Und nicht nur die Shops sollen verschwinden, die Menschen, die dort arbeiten, sollen auch auf der Straße landen. Das sind nach Einschätzung der Gewerkschaft ver.di 500 – 700 VerkäuferInnen und 100 Shop-LeiterInnen. Das Management aber spricht von 1.200 – 1.300 betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Damit dürften auch Jobs in der Zentrale der PVG, der Telekom-Gesellschaft, die die T-Shops betreibt, auf dem Spiel stehen.

Die Gewerkschaft ver.di und die Betriebsräte der Shops versuchen aktuell, die Kolleginnen und Kollegen der PVG sowohl in der Zentrale als auch in den Shops von der Not-

wendigkeit zu überzeugen, sich gegen die Pläne des Managements zur Wehr zu setzen. Es geht jetzt darum, dass möglichst alle Beschäftigten Mitglied der Gewerkschaft werden und ihre Bereitschaft erklären, an Arbeitskämpfen zum Erhalt der Arbeitsplätze teilzunehmen. Bisher ist die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit in den Shops auf Grund des geringen Organisationsgrades und der fehlenden Streikbereitschaft für einen ernsthaften Kampf um die Arbeitsplätze nicht ausreichend.

Für die Kolleginnen und Kollegen geht es jetzt um einiges. Es existiert zwar eine Vereinbarung zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, diese endet allerdings am 31.12.2020. Personalabbau und Standortzerschlagung sollen bis zum 31.12.2021 laufen. Somit wären die Beschäftigten ein komplettes Jahr ohne Schutz!

Das Management hätte ausreichend Zeit, um den 1.200 – 1.300 Betroffenen durch Kündigungen die berufliche Existenz zu zerstören.

Telekom verschwindet

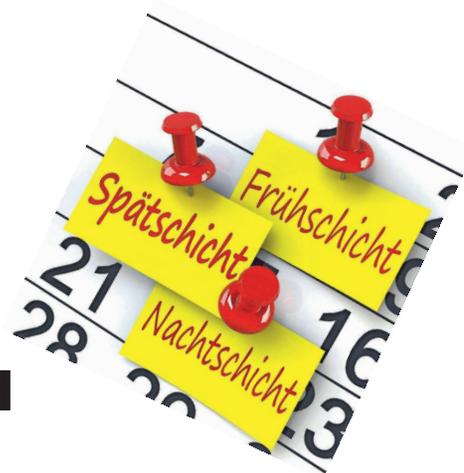
Fortsetzung von Seite 3

In den vergangenen Jahren bekamen die Beschäftigten der T-Shops bei tariflichen Auseinandersetzungen immer wieder solidarische Unterstützung von den Kolleginnen und Kollegen anderer Telekom-Betriebe. Auch diesmal wurde durch die gewerkschaftlichen Strukturen etwas in dieser Richtung organisiert. So helfen beispielsweise der ver.di – Bezirksfachbereich und die Betriebsgruppe in Südhessen bei der Mobilisierung der Shop-Beschäftigten. Allerdings kann dieser Konflikt nicht als Stellvertreter-Kampf geführt werden. Nur wenn die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sich selbst kollektiv für ihre Interessen einsetzen, besteht Aussicht auf Erfolg! Und dann muss auch klar sein, dass die Niederlegung der Arbeit, der Streik, ein legitimes und notwendiges Mittel ist, um die Arbeitsplätze und Shops zu erhalten.

Die Konjunkturnachrichten der letzten 6 – 8 Monate deuten auf eine anstehende Wirtschaftskrise hin.

In dieser Situation ist der Kampf um jeden Arbeitsplatz notwendiger denn je. In der anstehenden Krise einen neuen Arbeitsplatz zu finden, ist nahezu aussichtslos!

Eine Forderung, die Arbeitsplätze schafft und die Sicherheit bestehender Arbeitsplätze erhöht, wäre die nach der deutlichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Eine Forderung, die nicht nur den Beschäftigten in den Shops zu Gute käme und die in allen Unternehmen und Betrieben der Telekom durchgesetzt werden müsste.



## Arbeitszeit bei der DTS GmbH

### Solidarisch?

**Im Jahr 2014 wurde bei der Deutschen Telekom Kundenservice GmbH (DT KS) ein Arbeitszeitmodell (AZ 2.0) eingeführt, das auch heute noch im Nachfolgeunternehmen Deutsche Telekom Service GmbH (DTS) gilt und den Beschäftigten viel abverlangt.**

Angepriesen wird es als ein Modell bei dem alle profitieren: Unternehmen, Mitarbeiter und Kunde. Zitat aus einer Präsentation: „Mehr Gerechtigkeit für alle. AZ 2.0 ist ein Solidarmodell.“

#### Erpressung

Streng genommen ist AZ 2.0 das Ergebnis einer Erpressung. Das Thema „Outsourcing“ wurde immer wieder als Drohkulisse für eine Nichteinigung aufgebaut. Erschwerend war auch die Tatsache, dass bei den fünf Regions-Betriebsräten keine einheitliche Position vorhanden war.

#### Wir sind da – rund um die Uhr

„Management und Betriebsräte haben ein gemeinsames Ziel: Wir sind für unsere Kunden da, wenn sie uns brauchen“, 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche, damit sie (wie es in

gutem Denglisch in der Präsentation weiter zu lesen ist) „always on“ sein können. „Zu den Arbeitszeiten in unserer Branche gehört auch der Spät-, Wochenend- und Feiertagsdienst – weil wir flexibler werden und die Kundenbedarfe abdecken müssen.“

Das ist natürlich alles „gottgegeben“. Oder wie mir mal gesagt wurde: „Die Arbeit muss eben geschafft werden.“

#### 3 Pakete – die Qual der Wahl

Die Verplanung der Mitarbeiter erfolgt innerhalb der Schichtrahmens. Grundlage hierfür sind Callmengen.

Den Beschäftigten werden drei Schichtrahmenmodelle (Pakete) angeboten. Paket 1 ist ein starres 12-Wochen-Modell mit festen Arbeitszeiten, ohne Gleitzeit. Paket 2 sind flexible Arbeitszeiten mit einem Planungsvorlauf von 3 Wochen. Paket 3 ist eine bedarfsorientierte Arbeitszeit mit 2 Wochen Planungszeit und einer variablen Verplanung (0-6 Tage pro Woche).

Nun kommt die Qual der Wahl – die Beschäftigten können zwischen den

drei Paketvarianten wählen. Klingt gut, hat aber einen Haken. Laut Geschäftsleitung darf der Anteil der Paket 1 – Mitarbeiter 25% nicht übersteigen, um „unsere Kundenbedürfnisse optimal abdecken zu können.“ Bei der letzten Paketwahl wurde nachträglich bundesweit eine nicht geringe Zahl von Kolleginnen und Kollegen von Paket 1 in Paket 2 verschoben – ganz ohne Wahl.

#### Schlussbetrachtung

Ist die AZ 2.0 nun ein solidarisches Arbeitszeitmodell? In erster Linie ist sie dafür da, erweiterte Öffnungszeiten und eine entsprechende Erreichbarkeit zu erreichen. Im Vertriebsbereich bietet sie die Möglichkeit den Beschränkungen durch das Ladenöffnungsgesetz zu entgehen. In Verbindung mit Callcenter-Tätigkeiten tragen die Beschäftigten das Risiko: Pünktlicher Arbeitsantritt bei langen Anfahrtswegen, gesundheitliche Folgen bei Schichtarbeit, hohe Flexibilität und beschränkte Zeit für Freizeit und Ehrenamt. Solidarisch geht anders.

# Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

## Mit Volldampf zurück ins Mittelalter

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) löste in Deutschland bei der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) allergische Reaktionen aus. Unternehmen sollen verpflichtet werden, die volle Arbeitszeit aller Beschäftigten systematisch zu erfassen. Der BDA erklärte: „Wir Arbeitgeber sind gegen die generelle Wiedereinführung der Stechuhr im 21. Jahrhundert.“ Das klingt vielleicht fortschrittlich, ist es aber nicht.

### Weg vom 8-Stunden-Tag

Schon 2015 hat der BDA die Bundesregierung aufgefordert, den Acht-Stunden-Tag aus dem Arbeitszeitgesetz zu streichen. Hans Peter Wollseifer, Handwerkspräsident: "Die Digitalisierung wirkt sich natürlich auch auf die Arbeitszeiten aus. Ein zu enges Arbeitszeit-Korsett und zu starre und unflexible arbeitsrechtliche Vorschriften tun der Wirtschaft nicht gut."

Jetzt wurde noch nachgelegt: In einem Positionspapier des BDA unter der Überschrift „New Work – Zeit für eine neue Arbeitszeit“ wird gegen die Aufzeichnungspflicht und das EuGH-Urteil geschossen. Das Arbeitszeitgesetz soll von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit umgestellt werden. Der Acht-Stunden-Tag soll abgeschafft werden, das Arbeitszeitgesetz mit der gesetzlich vorgeschriebenen Ruhepause zwischen zwei Arbeitseinsätzen von elf auf neun Stunden reduziert werden. Das würde bedeuten, dass die Beschäftigten an einzelnen Tagen deutlich länger als bisher arbeiten „dürften“ - die Unternehmer nennen das „Flexibilisierung“. In der Praxis: Noch mehr Arbeitsdruck für den einzelnen, noch mehr Flexibilität für das Unternehmen.

### Realität

Jeder vierte Beschäftigte arbeitet am späten Abend zwischen 18 und 23 Uhr. Im Jahr 1992 war es noch jeder siebte. Das stellt eine Untersuchung des Statistischen Bundesamts fest.



New Work gab's schon im Mittelalter

Auch die Nacharbeit hat demnach zugenommen: Heute muss fast jeder Zehnte nachts zwischen 23 und 6 Uhr arbeiten. Im Jahr 2016 haben die Beschäftigten nach DGB-Angaben 941 Milliarden unbezahlte Überstunden geleistet. Beschäftigte werden immer häufiger über Benchmarks und Zahlen geführt, Unternehmen legen Ziele fest, die Mitarbeiter müssen diese erreichen. Und das so billig wie möglich. Wie sie das Ziel erreichen, das bleibt den Beschäftigten überlassen. Der Chef steht ihnen allenfalls als "Coach" beiseite. Ein Coach, der allerdings bei fehlender Leistung auch kündigen kann.

### Mittelalter

Der BDA versucht in seinem Positionspapier „New Work“ den Eindruck zu erwecken, seine Arbeitszeitvorstellungen seien fortschrittlich, zeitgemäß. Die Digitalisierung lasse keine andere Option zu.

In letzter Konsequenz lassen sich die BDA-Vorstellungen allerdings mit den Arbeitszeiten eines Knechtes im Mittelalter vergleichen. Er ging zur Arbeit aufs Feld und kam erst zurück, wenn die Arbeit erledigt war – und bekam dann, wenn er einen guten „Herrn“ hatte, was zum Essen.

### Zurück in die Zukunft

Im September 1866 wurde auf Vorschlag von Karl Marx auf dem Genfer Kongress der Ersten Internationalen auch der gesetzliche Acht-Stunden-Tag gefordert, „um die Gesundheit und die körperliche Energie der Arbeiterklasse wiederherzustellen ... und die Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Verkehrs und sozialer und politischer Tätigkeit zu sichern.“

Diese Forderung ist aktuell wie nie, gerade in Zeiten der Digitalisierung. Eine weitere Entgrenzung des Arbeitstages muss verhindert werden. Deshalb müssen die Forderungen des BDA auch zurückgewiesen und auf allen Ebenen bekämpft werden.



New Work: Die feuchten Träume der Arbeitgeberverbände.

## Arbeitszeit und politische Ökonomie

In einem Betrieb spricht der Unternehmer mit einem der Arbeiter. Dabei wird er von einem Kollegen beobachtet. Dieser fragt den Unternehmer:

**„Was haben Sie dem Mann da eben gesagt?“**

*Der Unternehmer daraufhin: „Er soll schneller arbeiten.“*

**Der Kollege: „Und was zahlen Sie ihm?“**

*„100 Euro am Tag.“*

**„Und woher nehmen Sie das Geld, um ihn zu bezahlen?“**

*„Vom Erlös für die Erzeugnisse.“*

**„Und wer stellt die her?“**

*„Der Arbeiter natürlich.“*

**„Und welchen Wert hat seine Tagesproduktion?“**

*„800 Euro.“*

**„Also zahlen Sie nicht ihm etwas, sondern er zahlt Ihnen täglich 700 Euro dafür, dass Sie ihm sagen, er soll schneller arbeiten!“, meint der Kollege entrüstet.**

*„Wieso?“, fragt der Unternehmer, „Die Maschinen gehören doch mir!“*

**„Und wo haben Sie die Maschinen her?“**

*„Ich habe sie vom Erlös der Erzeugnisse gekauft.“*

**„Und wer hat die Erzeugnisse hergestellt?“**

*„Pssst!“, flüstert der Unternehmer plötzlich aufgeregt, „Er könnte uns hören!“*

Ein kurzer Dialog, der die politische Ökonomie des Kapitalismus zuspitzt und etwas vereinfacht zusammenfasst.

### Die "Ware" Arbeitskraft

Ein wesentlicher Aspekt der politischen Ökonomie des Kapitalismus ist die Arbeitskraft. Sie wird, wie jede zur Produktion von Waren, Gütern und Dienstleistungen notwendige Ware, vom Unternehmer/Kapitalisten (bzw. deren geschäftsführenden Managern) eingekauft und anteilig den Erzeugnissen als Herstellungskosten zugeschlagen. Dem Arbeitenden (Arbeiter, Angestellte etc.) erscheint der Preis der Ware, die er dem Kapitalisten verkauft, als Lohn/Gehalt. Die Ware, die er verkauft, ist seine Arbeitsfähigkeit für einen bestimmten Zeitraum (Arbeitszeit). Den Lohn, den er erhält, verwendet er, um seine Arbeitskraft wiederherzustellen (diese zu reproduzieren).

### Herstellungskosten der Ware Arbeitskraft

Zur Reproduktion seiner Arbeitskraft zählt aber nicht nur der Erhalt seiner eigenen, individuellen Arbeitsfähigkeit. Da er irgendwann nicht mehr in der Lage ist zu arbeiten, zählt zur Reproduktion auch die Betreuung, Erziehung und Ausbildung seiner Kinder. Gesellschaftlich betrachtet erar-

beitet er also die Kosten seiner eigenen Wiederherstellung (Ernährung, Wohnung, Mobilität, Erholung, Krankenversorgung, Rente, ...) und die Kosten für den Ersatz seiner Arbeitskraft.

Für all dies erhält er vom Kapitalisten einen Bruchteil dessen, was er an Werten erschafft. In unserem Beispiel 1/8. Arbeitswissenschaftler haben im letzten Jahrhundert errechnet, dass die Beschäftigten im Jahr 1972 im Durchschnitt pro Tag etwa 1,7 Stunden gearbeitet haben, um den Gegenwert ihres Lohnes zu erarbeiten. Da die durchschnittliche Arbeitsproduktivität weltweit und auch in der Bundesrepublik seit 1972 erheblich zugenommen hat, dürfte unser Beispiel vom aktuellen Verhältnis von bezahlter zu unbezahlter Arbeit abweichen.

Was aber macht der Kapitalist/Eigentümer/Großaktionär mit den 700 Euro, die er sich vom Erlös der vom Arbeitenden produzierten Waren abgezweigt hat? Er ersetzt damit verschlissene Maschinen (oder veraltete Software, abgelaufene Lizenzen etc.), weitet seine Produktion durch den Kauf weiterer Maschinen etc. aus und verbraucht einen Teil für seine eigenen Bedürfnisse (Jachten, Luxus Schlitten, Villen, ...).



### Produktion von Mehrwert und kapitalistische Ausbeutung

Die Ware Arbeitskraft unterscheidet sich also von den anderen Waren darin, dass sie das mehrfache ihrer Herstellungskosten (ihres Wertes) an Wert schafft. Sie schafft also Mehrwert.

Das Verhältnis von zur „Herstellung“ der Ware Arbeitskraft notwendiger Arbeit und Mehrarbeit wird in der politischen Ökonomie „Mehrwert“ genannt. An ihr misst sich auch der Grad der Ausbeutung. Daher würde die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich die Mehrwertrate deutlich zu Gunsten der notwendigen (bezahlten) Arbeit verändern. Der Grad der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ginge zurück. Deshalb auch der entschiedene Widerstand der „Arbeitgeberverbände“ (BDA/BDI und Konsorten) gegen jede Art der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich.

# Planen statt verzichten

*Klimaschutz im Kapitalismus? "Fridays for future" und die Wahlerfolge der Grünen scheinen Möglichkeiten zu eröffnen, wie auch im Ausbeutersystem Umweltschutz erreicht werden kann. Durch den Verzicht derer, die ausgebeutet werden und eh schon verzichten. Aber selbst dann wird das nicht funktionieren.*

*Patrik Köbele in der uz - Zeitung der DKP vom 23. August 2019.*



**Patrik Köbele**

**Vorsitzender der DKP**

Wenn es um konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz geht, dann ist die Forderung nach einer CO<sub>2</sub>-„Bepreisung“ nicht weit. Die „Grünen“ sind dafür und auch die Bundesregierung scheint nur noch darüber zu diskutieren, wie ein Besteuerung von CO<sub>2</sub> umzusetzen ist.

Die CO<sub>2</sub>-Steuer ist eine der zentralen Forderungen von „Fridays for future“, die DKP ist dagegen. Warum? Weil diese Steuer – wie alle Verbrauchssteuern – im Endeffekt vor allem die Endverbraucher trifft, also vor allem Arbeiter und Angestellte – die Werktätigen. Sie haben keine Chance, zu bestimmen, was und wie produziert wird, sollen aber für die Folgen haften.

Nicht nur, dass diejenigen, die darüber bestimmen, was und wie produziert wird, sich von den negativen Folgen „ihrer“ Produktionsweise freikaufen können, sie lassen dafür auch noch andere bezahlen. Mit einer Verbrauchssteuer wird die Produktionsweise nicht im Interesse der Menschheit verändert.

Regelmäßig werden Verbrauchssteuern so konstruiert, dass Industrie, Kapital, Großverbraucher kaum bis gar nicht betroffen sind, das gilt zum Beispiel für die Mehrwertsteuer, aber auch für die EEG-Umlage (EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz). Selbst Reiche werden oft ausgenommen – was juckt den „Dienstwagenfahrer“ die Verteuerung des Benzins?

Verbrauchssteuern treffen Menschen mit geringem Einkommen mehr als Reiche, weil der Anteil des verfügbaren Einkommens, der durch sie aufgefressen wird, größer ist.

Die berechtigte Empörung der „Fridays for Future“-Bewegung über die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise wird mit der Diskussion um eine CO<sub>2</sub>-Steuer von den wesentlichen Ursachen abgelenkt und ausgenutzt, um erstens von diesen Ursachen abzulenken, „weil wir ja alle schuld sind“, zweitens werden „wir alle“ in Haftung genommen und drittens wird das uns abgenommene Geld dafür verwendet, um neue profitable Absatzbereiche (grüner Kapitalismus) aufzubauen. Empörung wird instrumentalisiert, um von den Ursachen und Verursachern abzulenken, diese Strategie hat die herrschende Klasse

durchaus perfektioniert.

Die herrschende Klasse nutzt dies, um Ideologie zu verbreiten. Ein Beispiel: Es ist für die herrschende Klasse besser, Menschen träumen vom „einfachen Leben“ als vom „guten Leben für alle Menschen“. Denn das lenkt auch davon ab zu erkennen, dass Milliarden Menschen auf der Welt gezwungen sind, so einfach zu leben, dass sie hungern, dass ihnen Wasser fehlt, dass sie von Mobilität, Kommunikation, Kultur, Bildung ausgeschlossen sind, weil sie über keinen Zugang zu Energie, zu Mobilität und so weiter verfügen.

Ohne diese Ablenkung könnte ja erkannt werden, dass dies nicht nach „Verzicht“, sondern nach planmäßiger Entwicklung im Interesse der Gattung Mensch und in Übereinstimmung mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen verlangt.

Ganz offensichtlich propagieren wesentliche Teile der führenden/repräsentierenden Kräfte von „Fridays for future“ die Forderung nach einer CO<sub>2</sub>-Steuer sehr bewusst, genauso wie sie recht bewusst Träger und Verbreiter solcher Ideologien sind. Hier sind Konflikte nicht nur programmiert, sondern nötig.

Also „Finger weg“ von „Fridays for future“? Ich meine: keineswegs. Gerade weil wir die Empörung von Menschen nicht der Integration in Ideologie und Strategie der Herrschenden überlassen dürfen. Gerade weil die Zerstörung von Umwelt und natürlichen Lebensgrundlagen ein Widerspruch ist, der letztlich im Kapitalismus nicht lösbar ist. Gerade weil dieser Widerspruch nach Planung und Vergesellschaftung verlangt.

Wir müssen also hin – mit der klaren Orientierung gegen die CO<sub>2</sub>-Steuer und mit der Orientierung gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und seine imperialistischen Kriege. Denn Hochrüstung und Krieg gehören zu den schlimmsten Umweltkatastrophen.



# Nazis morden, der Staat schaut zu

## Stellungnahme der **SDAJ**- Hessen

Der Lübcke-Mord reiht sich in faschistische Gewalttaten in Hessen und bundesweit ein. Die NSU-Opferanwältin Basay Yildiz bekommt zwischen Sommer 2018 und Frühling 2019 vier Morddrohungen. Vermutlich haben Polizisten des 1. Frankfurter Polizeireviere ihre Adresse herausgegeben.

### **Der Staat und seine Organe stehen nicht auf unserer Seite im antifaschistischen Kampf.**

Das zeigen uns besonders deutlich die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die NSU-Mordserie. Das Bundesverfassungsgericht wollte die NPD nicht verbieten, weil der Verfassungsschutz diese Partei unterwandert und möglicherweise gesteuert habe. Man sieht, wenn der Verfassungsschutz in die Überwachung rechter Strukturen investiert, führt dies zur finanziellen Stärkung und stärkeren Verstrickung zwischen rechten Strukturen und staatlichen Institutionen. Bereits jetzt ist die Verflechtung zwischen der AFD und diesem Staatsapparat eng. So sitzen überdurchschnittlich viele Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Soldaten für die AFD in Parlamenten.

### **Das alles ist kein Zufall. Faschisten und rechte Gewalt haben verschiedene Funktionen für diesen Staat:**

Sie schüchtern Gewerkschafter und andere fortschrittliche Kräfte ein. Lobbyverbände der großen Banken und Konzerne fordern einen radikalen Staatsumbau, um ihre Profiteure gegen Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung und internationale Konkurrenz (auch militärisch) zu sichern. Deswegen brauchen sie Hartz IV, Aufrüstung und Sparmaßnahmen auf dem Rücken der breiten Bevölkerung und schärfere Polizeigesetze, um sich gegen zu erwartenden Widerstand zu wehren. Weil die etablierten Parteien Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung machen und deswegen die Arbeits- und Lebensbedingungen immer prekärer werden, verlieren sie konstant an Glaubwürdigkeit. Deswegen gehen Teile des Kapitals auf Tuchfühlung mit rechten Gruppierungen, um die Unzufriedenheit statt in antikapitalistische, in für das Kapital ungefährliche Bahnen zu lenken. Da sind Flüchtlinge und „faule“ Arbeitslose willkommenen Sündenböcke, um die wahren Profiteure dieser Situation zu verschleiern. Denn AFD und Co. sind keine Alternative im Interesse der werktätigen Bevölkerung, sondern im

Interesse der Profiteure der großen Banken und Konzerne.

Als Antwort auf den Rechtsruck müssen wir in alltäglichen Auseinandersetzungen in Schule, Uni und Betrieb zeigen, dass wir Verbesserungen nur gemeinsam mit unseren ausländischen KollegInnen gegen die Interessen der großen Banken und Konzerne und ihre Politiker erkämpfen können. Um die bürgerliche Demokratie zu schützen, die für uns bessere Kampfbedingungen für bessere Lebensbedingungen und für den Sozialismus ermöglicht, ist zwangsläufig die Forderung nach Verbot aller faschistischen Organisationen und nach Auflösung des Verfassungsschutzes zu stellen und aktiv zu erkämpfen.

**Du bist Auszubildender, Schüler, Student oder junger Arbeiter und willst aktiv gegen Nazis und für ein besseres Leben werden?**

**Dann melde dich bei uns unter: [info@sdaj-hessen.de](mailto:info@sdaj-hessen.de) oder über unsere Facebook-Seite.**



**Bundesamt für Verfassungsschutz - Hier werden die Faschisten vor der Verfassung geschützt**

Quelle: Stefan Kühn, Commons., CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=2747606>

## Ende der Sause – wer zahlt die Zeche?

**Die Weltkonjunktur bewegt sich Richtung Sturzflug - wieder auf Kosten der Lohnabhängigen? Und diesmal trifft es auch die Bundesrepublik**



Quelle: Von Eva K. - Eva K., CC BY-SA 2.5, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=824045>

Gewinnwarnungen – Meldungen über Massenentlassungen – negative Konjunkturprognosen. Die Wirtschaftsberichte der deutschen „Qualitätsmedien“ sind in den letzten Monaten ganz eindeutig von wachsendem Pessimismus geprägt. Während in den letzten Jahren noch von „robustem Wachstum“ die Rede war, scheint sich die Dauerkrise seit 2008 jetzt auch auf die Erwartungen der Top-Manager und Aktionäre auszuwirken.

### **Kapitalistische Katerstimmung**

„Weltbankchef sorgt sich um Zustand der Wirtschaft“ titelt Spiegel Online am 4. Juni 2019. Im gleichen Medium: „Stimmung in deutscher Wirtschaft fällt auf Sechs-Jahres-Tief“ am 25. Juli und „Rezessionsangst erreicht Jobmarkt“ am 30. Juli. Deutlich peppiger, aber nicht weniger pessimistisch die WirtschaftsWoche vom 6. August: „Konjunkturreinbruch voraus - Crash, Boom, Bang“.

Die Erklärungen für den erwarteten Einbruch der Weltwirtschaft waren anfangs etwas naiv: Der Protektionismus des Herrn Trump und der Brexit wurden als Hauptursachen identifiziert. In den letzten Wochen haben die Analys-

ten mit etwas mehr Realismus argumentiert: Die schwächelnde Weltkonjunktur kam ins Spiel. Für die an der deutschen Exportwalze orientierte heimische Wirtschaft ganz schlechte Aussichten. Einzig die auf Insolvenzverfahren spezialisierten Wirtschaftskanzleien sehen rosigen Zeiten entgegen. „Ich rechne mit einem Konjunkturreinbruch ähnlich wie 2008“ meint beispielsweise Michael Pluta, dessen Kanzlei zu den führenden Insolvenzspezialisten zählt. „Wir sind im Prinzip schon mittendrin, die weltweiten Risiken nehmen zu, die Kurzarbeit steigt“.

Betroffen von der beginnenden Weltwirtschaftskrise sind unterschiedliche Branchen. Neben der klassischen Exportwirtschaft, wie Automobil- und Maschinenbau oder der chemischen Industrie auch Einzelhandel, Lebensmittel und Industrie. Die Sanierungsspezialisten (Sanierung steht hier für Personalabbau und Umstrukturierung) rechnen auf Grund des Drucks bei gewerblichen Immobilien auch mit Problemen im gesamten Immobilien-sektor.

Die Krise hat bereits bei Maschinen-

und Anlagenbau Auswirkungen. Ob Bosch, Schaeffler, Conti oder Mahle, die Autozulieferer beispielsweise haben bereits angekündigt, Jobs abzubauen und Standorte zu schließen. Das gleiche Bild finden wir bei Siemens, VW, Audi und Opel.

### **Hintergründe**

Dass das Gebaren eines Donald Trump oder das Votum der Briten für den Austritt aus der Europäischen Union eine robust wachsende Weltwirtschaft nicht in den Abgrund reißen können, scheint langsam auch bei den Wirtschaftsanalysten der Konzernmedien angekommen zu sein. Vielmehr war das Geschwafel vom robusten Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre eher die Sicht der herrschenden Eigentümerklasse auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Während die von Lohnarbeit abhängigen Menschen sich mit stagnierenden oder sinkenden Realeinkommen herumschlagen mussten, haben Aktionäre und Eigentümer ihre Einkommen im 2-stelligen Prozentbereich gesteigert.

Und dies trotz einer seit der Finanzkrise von 2008 eher stagnierenden Weltkonjunktur.

Ende der Sause

Fortsetzung von Seite 9

Hartz-IV und die damit erpresste Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften, aber auch die Einsparungen der Konzerne dank Renten- und Gesundheitsreform haben den deutschen Unternehmen das Werkzeug in die Hand gegeben, um die europäischen und internationalen Wettbewerber niederzukonkurrieren. Die deutschen Kapitalisten haben so selbst während der Krisenjahre noch profitiert. Auf Kosten der arbeitenden Menschen hierzulande und in den Ländern, deren Wirtschaft niederkonkurriert wurde. Allerdings können solche Verhältnisse nicht von Dauer sein. Die durch deutschen Billigexporte in den Ruin getriebenen Ökonomien fallen nach und nach als Absatzmärkte aus. Die Menschen in diesen Ländern haben schlicht nicht mehr die Mittel, um sich selbst die billigen deutschen Waren leisten zu können.

#### Wer zahlt die Zeche?

Die gewerkschaftliche Parole während der Krisenjahre 2008/2009 lautete: „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“. Am Ende haben aber natürlich die von Lohnarbeit Abhängigen hier und in der gesamten EU die Zeche gezahlt. Gewerkschaftliche Kämpfe, die zu der vollmundigen Parole gepasst hätten, gab es in Deutschland nicht. Die aktuellen gewerkschaftlichen Orientierungen, beispielsweise in der Frage Arbeitszeitverkürzung, lassen vermuten, dass sich die Geschichte hier wiederholt. Dabei wäre gerade der gewerkschaftliche und gesellschaftliche Kampf um eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein Instrument, um die Kosten der Krise auf diejenigen abzuwälzen, die diese Krise verursacht und noch an ihr verdient haben – die Kapitalisten!



Lucas Zeise zur Wirtschaftskrise  
in der uz vom 23. August 2019

## Provokative Forderung Junge Gewerkschafter fordern 4-Stunden-Tag

Robin Schmidt in der uz - Zeitung der DKP vom 23. August 2019

„Zukunftsgerecht“ – unter diesem Motto findet der fünfte ver.di-Bundeskongress vom 22. bis 28. September 2019 in Leipzig statt. Unter anderem wird über einen Antrag der besonderen Art abgestimmt, den die Bundesjugendkonferenz der ver.di-Jugend eingereicht hat: Im Antrag „Arbeitszeitverkürzung zum Gegenstand einer gesellschaftspolitischen Kampagne machen“ heißt es: „Es gilt, einen langwierigen Prozess ins Werk zu setzen, dessen Ziel darin bestimmt ist, dass der 4-Stunden-Regelarbeitstag bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf der Grundlage von maximal fünf Arbeitstagen pro Woche erstritten wird.“ Wenn man bedenkt dass in Österreich mittlerweile der 12-Stunden-Tag von der FPÖ/ÖVP-Koalition durchgesetzt wurde, klingt das erst mal nach einer unumsetzbaren Forderung, die in den Raum geworfen wird, um radikaler zu sein als alle anderen. Aber war es nicht Che Guevara, der sagte: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche?“

Das Unmögliche zu versuchen, daran arbeiten die Mitglieder der sogenannten „4-Stunden-Liga“. Die Gewerkschaftsaktiven dieser jungen Gruppe aus Kassel haben auch die Anträge in die Landes- und Bundesjugendkonferenz der ver.di-Jugend eingebracht und hatten damit Erfolg. Und dafür, dass die Forderung utopisch erscheint, haben die mehrheitlich jungen Leute es schon ganz schön weit gebracht. Vor einigen Wochen gründete sich die „4-Stunden-Liga – Sektion Frankfurt“ und im kommenden Monat steht die Gründung der Berliner Sektion an. Auch die SDAJ mischt sowohl in Kassel als auch in Frankfurt mit.

Zur Sektionsgründung in Frankfurt rief der Bezirksjugendvorstand der ver.di-Jugend FFM & Region auf. In ihrem Aufruf stellten sie fest, dass es Deutschland an einer breiten kämpfe-

rischen Arbeiterbewegung fehlt „Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die politisch fortschrittlichen Kräfte sich lieber in Kleinkriegen untereinander zerstreiten, anstatt die Menschen in den Betrieben zu mobilisieren. Was es dafür braucht, ist ein großes gemeinsames utopisches Ziel, das sich breite Teile der Bevölkerung auf die Fahne schreiben können.“

Angeregt diskutierte die Sektion Frankfurt auf ihrem letzten Treffen, wie man die Menschen in den Betrieben konkret mobilisieren kann. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung könne sich nur verbreiten, wenn man den Menschen konkret etwas anbieten kann, wie sie in ihrem Betrieb aktiv werden können. Nun will man in den kommenden Monaten die Frankfurter Kolleginnen und Kollegen dazu aufrufen, kollektiv Überstunden zu vermeiden. Bei knapp einer Milliarde geleisteter unbezahlter Überstunden in Deutschland erscheint das als eine berechtigte Orientierung.

Die DKP fordert die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die Forderung leitet sich aus der gestiegenen Arbeitsproduktivität ab. Der ständig gestiegene Druck auf die Beschäftigten durch zunehmende Arbeitsverdichtung unterstreicht die Berechtigung. Die „4-Stunden-Liga“ mit ihrem provokativen Anspruch wird jedenfalls neue Erfahrungen und Impulse im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung schaffen.



4-Stunden-Liga

# Kreuzworträtsel

1	2		3		4		5		6	
7					8				9	
					10				11	
12				13						
							14		15	
	16									
17									18	19
		20								

**Lösungswort:**

--	--	--	--	--	--	--	--

**waagerecht**

1 - Der Teil des Lebens, den ein Beschäftigter dem Unternehmer zur Verfügung stellen muss; 7 - Unternehmenssprachlich verhüllend, wenn im Betrieb mal wieder das Unterste zuoberst gekehrt wird und ein Drittel der Belegschaft gehen soll; 8 - Eine festlegte Richtlinie, Norm oder Vorschrift; 10 - Das Gegenteil eines Berges; 11 - Das, was vor der Henne da war ... oder auch nicht; 12 - Das, womit man lieber nicht treiben sollte; 16 - Teil der Wirtschaft, welcher sich mit der Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen zu Sachgütern befasst; 17 - Das Gegenteil von „aus“; 18 - Ein Begriff aus dem Kartenspiel, nicht zu verwechseln mit einem ein bisschen anders zu schreibenden Tier; 20 - Jemand, der die Lizenz zum selbständigen Denken für sich in Anspruch nimmt

**senkrecht**

2 - US Stützpunkt in Deutschland, den es schon viel zu lange gibt; 3 - Bei den alten Griechen eine der neun Musen und in diesem Gremium zuständig für die Lyrik; 4 - Zeichen für ein chemisches Element, das u.a. für Implantate verwendet wird. Die Abbaugelände spielten während des blutigen Bürgerkriegs in der DR Kongo eine Rolle; 5 - Etwas, das man immer vor Augen haben sollte; 6 - Daran mangelt es manchmal; 8 - Etwas, das gar zu oft neu erfunden wird; 9 - Eine technische Einrichtung, mit der es manchmal aufwärts und manchmal abwärts geht, wie im richtigen Leben; 13 - Jägersprachlich für eine Gruppe von Hunden. Manchmal fühlt man sich auch unter Menschen so; 14 - Gesangs-Solo in der klassischen Musik; 15 - Gliederung in Gedichten; 17 - Rechtsform eines Unternehmens; 19 - will ständig nachhause telefonieren.

Bei richtiger Lösung ergeben die Buchstaben in den dick eingerahmten Feldern, in korrekter Reihenfolge gebracht, das Lösungswort.

Unter den Einsendern des richtigen Lösungsworts bis zum 1. Januar 2020 (101. Jahrestag der Gründung der KPD) an:

DKP-Darmstadt, LinksTreff Georg Fröba,  
Landgraf-Philipps-Anlage 32,  
64283 Darmstadt,  
eMail: info@dkp-darmstadt.de  
verlosen wir das Buch:

Dietmar Dath zu  
Wladimir Iljitsch Lenin  
**Staat und Revolution**  
erschienen im Laika-Verlag.



**Lösung des letzten Rätsels:**

1. prekaer
2. Arbeit
3. SDAJ
4. Milliardaere
5. Opel
6. Partei
7. Frieden
8. Geschichte
9. Pendeln
10. Vernunft
11. Personal
12. Motto

Standortpolitik

# Johanna Arndt, Anna von Rohden und Nicolas Miquea



## Ich schreibe, um zu leben Gefängnisbriefe, Betrachtungen und Lieder

Mittwoch, 25.09.2019

Beginn: 19.30

### Bessunger Knabenschule

Ludwighöhstr. 42  
Darmstadt

Eintritt: 12 €, ermäßigt 8,- €

**UZ – unsere zeit**  
**Sozialistische Wochenzeitung**  
**6 Wochen gratis probelesen**



**Druckausgabe und online!**



**CommPress Verlag GmbH .**  
**Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen**  
**Tel: 0201 - 17 78 89 - 23 . Fax: - 28 .**  
**E-Mail: [info@unsere-zelt.de](mailto:info@unsere-zelt.de)**  
**[www.unsere-zelt.de](http://www.unsere-zelt.de)**

Rückmeldungen, Lob & Kritik,  
aber auch Meinungen und Leserbriefe  
würden uns sehr freuen.

Schreibt per Mail an:

[info@dkp-darmstadt.de](mailto:info@dkp-darmstadt.de)

oder per Post an:

**DKP-Darmstadt**  
**LinksTreff Georg Fröba**  
**Landgraf-Philipp-Anlage 32**  
**64283 Darmstadt**

Wegen der begrenzten Zeichenzahl behalten  
wir uns vor, Leserbriefe zu kürzen.

## Impressum



**DKP Darmstadt \* Dieburg \* Bergstraße**

LinksTreff Georg Fröba

Landgraf-Philipp-Anlage 32

64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151 788407

Fax: +49 6151 788406

eMail: [info@dkp-darmstadt.de](mailto:info@dkp-darmstadt.de)

URL: <http://www.dkp-darmstadt.de>

Spendenkonto:

IBAN DE55 5085 0150 0018 0093 40  
(BIC HELADEF1DAS)

V.i.S.d.M./P.:

Bernd Blümmel, Limesstraße 10  
64625 Bensheim